

## **Frage Nr. 7 an die Parteien zur Bundestagswahl**

Welche Erfordernisse sieht Ihre Partei bezüglich der Fortentwicklung von Schwerpunkten und Strukturen der nationalen Extremismusprävention?

### **Antwort Der Dritte Weg**

„Gefahrenabwehr durch Außengrenzen!

Die Bürger- und Freiheitsrechte unseres Volkes werden durch die zunehmende Überfremdung stetig eingeschränkt – zum einen, da die körperliche Unversehrtheit von Deutschen durch kriminelle Ausländer gefährdet wird, zum anderen durch eine immer realer werdende Terrorgefahr, der der Staat mit zunehmender Überwachung begegnet. Die größte Gefahr für die innere Sicherheit in Deutschland lässt sich daher mit einer konsequenten und verschärften Ausländer- und Asylgesetzgebung, sowie mit der Wiedereinführung von Grenzkontrollen abwenden. Während hunderttausende Fremdländer ohne Kontrollen über die Grenzen geströmt sind, schirmt man nun öffentliche Großveranstaltungen mit Zäunen und Einlasskontrollen ab, um dort Sicherheit zu gewährleisten. Ein Zustand, der wieder umgekehrt werden muss! Kriminelle Ausländer und sogenannte Gefährder sind konsequent abzuschieben, während Fremdländern ohne überprüfte Identität die Einreise verwehrt bleiben muss.

Weiterhin fordern wir Meinungsfreiheit in Schrift, Bild und Rede, sowie im Internet! Viele Debatten spielen sich im Zeitalter der Informationstechnologie im Internet und in den dortigen „sozialen Netzwerken“ ab. Ein eingeführtes „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ (NetzDG) verpflichtet nun Anbieter wie Google, Facebook oder Twitter dazu, „offensichtlich strafbare Inhalte“ binnen 24 Stunden zu löschen. Tun sie dies nicht, drohen ihnen empfindliche Strafen von bis zu 50 Millionen Euro. Durch zahlreiche Gesinnungsgesetze in der BRD und eine derart vage Formulierung des NetzDG werden Onlinedienste dazu genötigt, im Zweifelsfall mehr als nötig und damit eben auch rechtmäßige Inhalte zu löschen. Das NetzDG ist nur eine von vielen Initiativen, welche unter dem Vorwand ins Leben gerufen wurden, „Hasspostings“ und „Fake-News“ im Netz bekämpfen zu wollen. Der berechnete Unmut mündiger Bürger wird hierbei als „Hass“ empfunden, und „Fake-News“ sind oftmals unbequeme Wahrheiten, die unter den Tisch gekehrt werden sollen.

Die Partei DER III. WEG setzt sich für die Meinungsfreiheit auch im Internet ein und fordert die Abschaffung des NetzDG, sowie anderer gleichartiger Gesetze und Beschlüsse. Jedes Jahr werden in der BRD etwa 10.000 Strafanzeigen wegen Meinungsdelikten verfolgt. Die Partei DER III. WEG setzt sich für die persönliche Freiheit aller Deutschen ein, ihre religiösen, weltanschaulichen und moralischen Überzeugungen zu bilden, zu äußern und zu verfolgen. Die Gesinnungsparagrafen des Strafgesetzbuches sind ersatzlos zu streichen und sämtliche politisch Verfolgte aus den Gefängnissen zu entlassen. Langjährige Haftstrafen aufgrund bloßer Meinungsdelikte sind in der Bundesrepublik Deutschland nicht selten.

Es muss möglich sein, fachlich und ergebnisoffen debattieren zu können, auch wenn die Meinungen der Bürger nicht zu dem herrschenden Zeitgeist passen. Schon John Stuart Mill beschrieb dies in seinen Grundannahmen zur individuellen Freiheit, dies sollt für Gedanken- und Meinungsäußerungen, sowie des Handels gelten. Ohne Gedankenfreiheit bliebe zum Beispiel Wissen eingeschränkt. Die Gesellschaft müsse stets eine breite Diskussion zulassen, um Stimme und Gegenstimme abzuwägen. Ein Gedanke würde durch die Diskussion mit entgegengesetzten Meinungen auf die Probe gestellt werden, Ideen, die nicht bestehen

können, werden verworfen. Er trat dafür ein, Gegenstimmen auch künstlich zu erzeugen, wenn sich keine Gegenstimmen finden würden. Der Mehrheitsmeinung müssten Freigeister neue Wege aufzeigen, damit die gesellschaftliche Entwicklung nicht stehen bliebe. Künstlich erzeugte Gegenstimmen halten wir für übertrieben, heute wird jedoch jeglicher Diskurs verhindert und Gegenstimmen, als rassistisch, antisemitisch, sexistisch, populistisch und ähnliche Phrasen diffamiert und der Diskurs gleich im Keim erstickt. Es wird sich die Meinungsfreiheit auf die Fahne geschrieben, die gesellschaftliche Einheitsmeinung jedoch real gefordert. Der soziale Umgang mit anderen Meinungen ist zudem destruktiv. Der beispielhafte Einsatz vom „Bullshit-Bingo“ in politischen Debatten mag bei dem einen humorvoll rüberkommen, der andere fühlt sich öffentlich verlacht und in seiner Meinung nicht ernst genommen. Menschen, die nicht gehört werden, werden lauter, Menschen die nicht ernst genommen werden, wohl möglich in ihrer Methode extremer. Eine Demokratie muss andere, abweichende Meinungen aushalten können und sie im Sinne Mills, zur Weiterentwicklung nutzen. Dabei ist es notwendig, den anderen, trotz entgegenstehender Meinung, als Person wertzuschätzen und ernst zu nehmen, das Gespräch folglich konstruktiv zu gestalten. Ganz im Sinne der hegelschen Dialektik (These-Antithese-Synthese). Das wäre ein erster Schritt zur Kriminalprävention extremistischer Erscheinungen.“